

**Beantwortung des Postulats  
von Herrn Ueli Keller, Grüne, betreffend  
«Aneluege und luege, dass gluegt wird... vom  
Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft»  
(Flugverkehr I)**

Bericht an den Einwohnerrat  
vom 2. Dezember 2020

Inhalt	Seite
1. Ausgangslage	3
2. Erwägungen	4
3. Antrag	6

### Beilage/n

---

- Keine

## 1. Ausgangslage

---

Am 24. April 2019 reichte Herr Ueli Keller, Grüne, ein dringliches Postulat mit folgendem Wortlaut ein:

### **Antrag**

*"Gemäss § 44 Absatz 2b des Geschäftsreglements des Einwohnerrats laden wir den Gemeinderat ein, den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft mit Nachdruck zu bitten, dass er im Zusammenhang mit den horrenden Ausbauplänen vom EuroAirport EAP und den damit drohenden erhöhten Gefährdungen für unsere Gesundheit und unsere Umwelt eine fachgerechte, neutrale Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verlangt und durchsetzt:*

- a. beim Schweizerischen Bundesrat, der übergeordnet verantwortlichen Behörde für den Flugverkehr über der Schweiz, sowie*
- b. beim Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, dem für den Schweizer Teil des EAP verantwortlichen Flughafenbetreiber.*

*Der Gemeinderat wird gebeten, dem Einwohnerrat bis September 2019 über das Ergebnis seiner Bemühungen in dieser Sache schriftlich zu berichten.*

### **Begründung**

*Bei der Behandlung des Postulats „Missachtung des Espoo-Abkommens: Neue Umweltverträglichkeitsprüfung für den EAP dringend nötig“ im Landrat des Kantons Basel-Landschaft hat der Allschwiler Vertreter Felix Keller (CVP) faktenfrei behauptet, dass es vor sechs Uhr keinen Fluglärm geben würde, und damit wahrscheinlich den Eindruck erweckt, dass sich die Situation vor Ort beruhigt hätte und eine UVP nicht nötig sei. Der Landrat hat dann aber das Postulat trotzdem nicht abgeschrieben. Wir erachten es als wichtig, dass der Baselbieter Regierungsrat von der auf Schweizer Seite am meisten betroffenen Gemeinde einhellig und handlungsorientiert auf seine Verantwortung angesprochen wird, die er gegenüber der Bevölkerung trägt.*

*Eine UVP ist zeitnah und zielführend durchzuführen. Wenn der EAP seine Ausbaupläne realisiert hat, ist es dafür zu spät. Weitere Informationen dazu finden sich bei der Interpellation UVP vom Oktober 2018 (Geschäft 4414), die vom Gemeinderat nicht entsprechend den vereinbarten Regeln behandelt worden ist (Geschäftsreglement § 50 Absatz 3: „Der Gemeinderat antwortet in der Regel in der nächsten Sitzung.“).*

Der Einwohnerrat hat am 15. Mai 2019 die Dringlichkeit des Postulats betreffend «Aneluege und luege, dass gluegt wird... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft» (Flugverkehr I) von Herrn Ueli Keller, Grüne, bestätigt und zur Beantwortung an den Gemeinderat überwiesen.

## 2. Erwägungen

---

In den vergangenen Jahren hat der Flugverkehr am EuroAirport Basel-Mulhouse stetig zugenommen. Die gesteigerte Anzahl Flugbewegungen hat für Allschwil und weitere Gemeinden im Süden schwerwiegende Auswirkungen auf die Fluglärmbelastung. Diese äussern sich insbesondere in einer einzigartigen Zunahme des Nacht-Fluglärms, welcher sich durch die Anzahl der nächtlichen Flugbewegungen und die gemessenen Dauerschallpegel in den Nachtstunden - insbesondere zwischen 23 und 24 Uhr - belegen lassen. Die Einführung des Instrumente-Landesystems ILS 33 (vormals ILS 34) im Jahr 2007 wie auch des RNAV im Jahr 2014 haben zu einer weiteren Verschärfung der Fluglärmbelastung im Süden des EuroAirports geführt. Vor diesem Hintergrund betrachtet der Gemeinderat die Entwicklung und die Ausbaupläne des EuroAirports kritisch, insbesondere auch den Bahnanschluss. Er hat dies im Rahmen von Vernehmlassungen, Mitwirkungen und Treffen mit der Flughafendirektion und in Medienmitteilungen wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Der Gemeinderat hat dem überwiesenen Postulat Folge geleistet und in einem Schreiben vom 30. August 2019 an den zuständigen Regierungsrat Thomas Weber seine kritische Haltung zu den Ausbauplänen des EuroAirports dargelegt. Gleichzeitig hat der Gemeinderat Regierungsrat Thomas Weber um ein Treffen gebeten, um folgende Punkte zu diskutieren:

- Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung
- Überarbeitung der Flugrouten und Abflugverfahren
- Bahnanschluss EuroAirport

Der Gemeinderat informierte den Einwohnerrat mit Bericht 4458A vom 18. September 2019 über die Ergebnisse seiner Bemühungen schriftlich und ist damit der vorgegebenen Frist nachgekommen. Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 16. Oktober 2019 über das Geschäft beraten und stimmte mit 12 Ja- zu 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gegen das Abschreiben des Postulats.

Am 12. November 2019 fand das vom Gemeinderat gewünschte Gespräch mit der für Fluglärm zuständigen Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft statt. Zum Gespräch wurde auch der baselstädtische Regierungsrat Christoph Brutschin eingeladen, da der Gemeinderat mit einem weiteren Postulat (Geschäft 4459) beauftragt war, auch mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt das Gespräch zu suchen. Nachfolgend sind die Sitzungsteilnehmer aufgelistet:

Teilnehmende seitens Basel-Landschaft:

Thomas Weber, Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion  
Tobias Lüscher, Beteiligungen Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion  
Raymond Cron, Vize-Präsident des Verwaltungsrats EAP, Vertreter Kanton BL

Teilnehmende seitens Basel-Stadt:

Christoph Brutschin, Vorsteher Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt  
Claus Wepler, Generalsekretär Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Teilnehmende seitens Gemeinde Allschwil:

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin  
Philippe Hofmann, Gemeinderat  
Andreas Dill, Umweltbeauftragter  
Christoph Krebs, Gemeinderatssekretariat

Um es vorwegzunehmen: sowohl der Regierungsrat Basel-Landschaft wie auch der Regierungsrat Basel-Stadt sehen keine Möglichkeit, eine Umweltverträglichkeitsprüfung UVP durchzuführen. Hierzu fehle der konkrete, vom französischen Gesetz geforderte Anlass zur Durchführung einer UVP. Auch Raymond Cron sah keinen Ansatz, um in Frankreich eine UVP anzustossen.

Regierungsrat Thomas Weber wie auch Regierungsrat Christoph Brutschin zeigten jedoch Verständnis für die Fluglärmproblematik und die Sorgen der Allschwiler Bevölkerung. Sie anerkannten, dass der Fluglärm in den letzten Jahren - insbesondere in den Nachtstunden - zugenommen hat und gehen mit dem Gemeinderat einig, dass beim Thema Fluglärm rasch Lösungen benötigt werden. Es wurde jedoch in Frage gestellt, dass eine UVP einen Beitrag zur Senkung des Fluglärms leisten könnte. Die UVP sei hierfür nicht griffig genug.

Die beiden Regierungsräte - wie auch der EuroAirport - setzen stattdessen auf die bereits eingeleiteten Massnahmen zur Eindämmung des Fluglärms. Hierzu zählen die Massnahmen gemäss Lärmvorsorgeplan (plan de prévention de bruit et de l'environnement PPBE) und insbesondere der Antrag des EAP-Verwaltungsrates zur Einführung eines Startverbots ab 23 Uhr, die Reduktion der verspätungsbedingten Landungen nach 23 Uhr und das Verbot von zu lärmigen Flugzeugen zwischen 22 und 6 Uhr. Als langfristiges Instrument zur Lärmbegrenzung führen die beiden Regierungsräte das Konzept der begrenzenden Lärmkurve an (das sogenannte Lärmkorsett). Dieses sieht eine Plafonierung des Lärms anstelle der Anzahl Flugbewegungen vor und soll voraussichtlich im Jahr 2021 vorgestellt werden. Der Gemeinderat Allschwil hat derzeit noch keine genaue Kenntnis davon, wie das Lärmkorsett ausgestaltet werden soll. Er ist deshalb skeptisch, ob es den erwarteten Effekt zur Eindämmung der Fluglärmbelastung bringen wird.

Der Gemeinderat muss die abweisende Haltung der beiden Regierungen zur Kenntnis nehmen. Er hat weder die Kompetenz noch ist er befähigt, daran etwas zu ändern. Der Gemeinderat schätzt jedoch den intensivierten und offenen Austausch mit dem EuroAirport und dem Regierungsrat Basel-Landschaft. An der Sitzung vom 12. November 2019 wurde denn auch festgehalten, dass die Treffen regelmässig stattfinden sollen. Auch wenn offenkundig seitens der beiden Basler Regierungen keine Unterstützung hinsichtlich einer UVP erwartet werden kann, ist das Thema für den Gemeinderat nicht vom Tisch. Er wird sich weiterhin dafür einsetzen und eine solche fordern, wenn der Anlass zum Beispiel mit einem konkreten Bauvorhaben gegeben ist.

Mit dem Schreiben an den Regierungsrat vom 30. August 2019 und dem am 12. November 2019 stattgefundenen Treffen mit dem zuständigen Regierungsrat Thomas Weber ist der Gemeinderat dem Auftrag gemäss dem Postulat von Ueli Keller, Grüne, nachgekommen. Das Postulat ist deshalb als erledigt abzuschreiben.

